

Lübeck, 24.09.2019

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der Fraktion Die Unabhängigen

Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE

Geschäftsstelle der FREIE WÄHLER & GAL Fraktion

Bearbeitung: Claudia Burgdorf (E-Mail: claudia.burgdorf@luebeck.de Telefon: 122-1071)

Die Unabhängigen, DIE LINKE und FW/GAL: AT zu VO/2019/08168-01: Beitritt zum Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
26.09.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Hansestadt Lübeck tritt dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" bei und bringt sich aktiv in dessen Arbeit ein.

Der Bürgermeister / Kämmerer informiert die Bürgerschaft regelmäßig über die Aktivitäten des Bündnisses.

Die Verwaltung informiert die Bürgerinnen und Bürger regelmäßig über die Forderungen des Bündnisses.

Begründung:

Artikel 28 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland garantiert den Kommunen das Recht auf kommunale Selbstverwaltung und finanzielle Eigenverantwortung. Voraussetzung hierfür ist eine auskömmliche Ausstattung mit Finanzmitteln. Diese wird über das Konnexitätsprinzip sichergestellt, das vorsieht, dass Aufgaben, die seitens Bund und Land auf die Kommune übertragen werden, von diesen zu finanzieren sind.

Die Realität sieht jedoch anders aus. Allein im Bereich der Aufwendungen für soziale Leistungen (Produkte 311001, 312101, 312901, 313001, 315001, 321001, 331001, 343001, 345001, 351001) entsteht der Hansestadt Lübeck jährlich (!) ein Defizit in der Größenordnung von durchschnittlich etwa 100 Millionen Euro (siehe Teilergebnispläne 2015 - 2018).

Gedeckt werden muss dieses über die Aufnahme von Kassenkrediten und/oder Einsparungen, die zulasten freiwilliger Leistungen und der städtischen Infrastruktur gehen. Dies führt dazu, dass beispielsweise erforderliche Investitionen in städtische Liegenschaften unterbleiben und kulturelle Angebote eingestellt werden müssen. An die aktuellen Diskussionen zum Lübecker Theater, der massiven Reduzierung der Zuschüsse des Landes für Integrationsmassnahmen oder die unklare Finanzierung der Stadtmütter sei an dieser Stelle erinnert.

Die schleichende Aufgabe des Konnexitätsprinzips hat die finanzielle Schiefelage vieler Kommunen zur Folge, aus der sich diese in absehbarer Zeit kraft eigener Anstrengungen nicht mehr befreien können. Konsolidierungsprogramme des Landes sind dabei auch nicht zielführend, erfordern diese doch weitere Sparleistungen der Kommunen mit den beschriebenen Folgen.

Die hieraus resultierenden unterschiedlichen Belastungen der Kommunen führen dazu, dass diese nicht mehr in der Lage sind, bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Dies gilt auch für die Hansestadt Lübeck. Das Institut der Deutschen Wirtschaft kommt in seiner kürzlich veröffentlichten Studie "Die Zukunft der Regionen in Deutschland – Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit" zu dem Ergebnis, dass die Region Schleswig-Holstein Ost zu den 19 am stärksten gefährdeten Regionen gehört, Lübeck droht, vom Rest der Republik "abgehängt" zu werden. Als gravierendes Problem wurde die kommunale Verschuldung identifiziert.

Auch der "Teilhabeatlas Deutschland" des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung bescheinigt der Hansestadt nicht nur eine "Großstadt mit Problemlage", sondern sogar ein typisches Beispiel hierfür zu sein. Dabei definieren sich hiernach "Großstädte mit Problemlagen" insbesondere durch:

- sehr hohe SGB II-Abhängigkeit
- geringes Einkommen
- mittleres Steueraufkommen
- hoher Anteil an Schulabbrechern
- geringe Lebenserwartung
- viele Zuzüge
- sehr gute Breitbandversorgung
- sehr gute Nahversorgung.

Das Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" ist ein Zusammenschluss von mehr als 70 Städten und Landkreisen, der das Ziel hat, sich mit Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei Bund und Land für eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen einzusetzen und so wieder gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen.

Dazu werden ganz konkrete Forderungen gestellt, darunter diese zentralen:

- Lösung des kommunalen Altschuldenproblems
- verstärkte Übernahme der Soziallasten durch den Bund.

Die Aktivitäten des Bündnisses haben mit dazu beigetragen, dass der Bundestag im Jahr 2018 die Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" ins Leben gerufen hat, die kürzlich erste Ergebnisse vorstellte.

Der Hansestadt Lübeck stünde es gut zu Gesicht, wenn sie sich gemeinsam mit einer Vielzahl anderer Kommunen dafür einsetzt, dass diese wieder in die Lage versetzt werden, die ihnen originär obliegenden Aufgaben mit einer angemessenen finanziellen Ausstattung seitens Bund und Ländern künftig selbstverantwortlich wahrnehmen zu können.

Anlagen:

Webauftritt des Aktionsbündnisses "Für die Würde unserer Städte"

https://www.muelheim-ruhr.de/cms/aktionsbueundnis_raus_aus_den_schulden.html

Weitere Informationen/Verlautbarungen des Aktionsbündnisses

http://kommunalwiki.boell.de/index.php/F%C3%BCr_die_W%C3%BCrde_unserer_St%C3%A4dte

Webauftritt der Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse"

<https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-node.html>

Darstellung der Ergebnisse der Kommission

<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-kommission-gleichwertige-lebensverhaeltnisse/kom-gl-artikel.html>

Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft

<https://www.iwkoeln.de/studien/iw-studien/beitrag/michael-huether-jens-suedekum-michael-voigtlaender-zwischen-vielfalt-und-gleichwertigkeit.html>

Teilhabeatlas Deutschland

https://www.berlin-institut.org/publikationen/studien/teilhabeatlas_deutschland

Anlagen :